

# Sozial-Zeitung

Zwölftausendster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gefaltene 34 mm breite Millimeterrolle oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restlosen die 92 mm breite Millimeterrolle 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenvermittler. Erschließungsort: 6. All. Erbsheim täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Erschließung und Haupt-Geschäftsstelle: 5. All. Neue Promenade 19, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugsspreise:

Die Soziale monatlich bei regelmäßiger Aufschlagna 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark, auswärts. Kustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspoststellen angenommen. Im emfisch. Zeitungsverzeichnis unter Soziale-Zeitung eingetragen. Für amerikanisch eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Soziale-Zeitung gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtdg. Nr. 1103 u. 7411, der Bezugs-Abtdg. Nr. 1133;

Nr. 460.

Halle, Freitag, den 1. Oktober 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Eine Handelsdebatte in Brüssel.

Vor der Unterzeichnung des russisch-polnischen Waffenstillstandes — Im November Abstimmung in Oberschlesien?

### Die Neuwahlen zum Landtage.

Ausgerechnet auf eine demokratische Anregung ist, wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilen, der Termin für die preussischen Landtagswahlen durch den Vorkommnis der Landesversammlung festgesetzt und ein Antrag der Rechtsparteien, die Wahlen im November bezogen Dezember vorzunehmen, abgelehnt worden. Daraus ist fraglos den Rechtsparteien ein wirksames Agitationsmittel aus der Hand genommen, aber andererseits ein vollkommener Anlaß gegeben worden, von neuem eine wüste Hege gegen die ihnen verhassten Demokraten in die Wege zu leiten. Wir mühten die Vorkämpfer und Federhelfer der Rechtsparteien nicht genau kennen, wenn wir den Beginn dieser Hege nicht bereits in den allernächsten Tagen erleben sollten. Es ist ja eine fixe Idee der deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Politiker, daß einzig und allein die Demokratie an allem Uebel, unter dem das deutsche Volk gegenwärtig so bitter zu leiden hat, die Schuld trägt. Gegen diese fixe Idee, die aus der Kriegs- und Revolutionspsychose geboren wurde, ist mit Vernunftgründen nicht anzukämpfen. Das hat die Vergangenheit zur Genüge erwiesen. Man muß sie wie ein Fieberdelirium austoben lassen in der stillen Hoffnung, daß nicht allzuweit Teile des deutschen Volkes von dieser krankhaften Erscheinung in Mitleidenschaft gezogen werden.

Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen. Von dieser Kunst müssen doch wahrlich diejenigen herzlich wenig verstehen, die einen Neuwahltermin fordern, der schon aus rein technischen Gründen unmöglich ist. Es kann doch gar keinem Zweifel unterliegen, daß die auf durchaus legalen Wege gewählte gegenwärtige Landesversammlung erst einmal ihre wichtigsten Aufgaben erfüllt haben muß, ehe sie aufgelöst werden kann. Diese wichtigsten Aufgaben aber sind: Die Verabschiedung der Verfassung und im Anschluß daran die Schaffung eines neuen zeitlichen Wahlgesetzes, das auf den Bestimmungen der Verfassung basiert ist. Wenn diese beiden Aufgaben noch nicht erfüllt werden konnten, so liegt die Schuld nicht bei den Mehrheitsparteien, aus denen sich die Regierung gebildet hat. Gut Ding will Weile haben. Und eine Staatsverfassung ist doch wohl etwas, was nicht übers Knie gebrochen werden darf, sondern um so eingehender und gründlicher vorbereitet werden muß, als es sich wie in Preußen um eine tiefgreifende Umwälzung der ganzen Staatsgrundlage handelt. Gegen die Weimarer Reichsverfassung wird von den Rechtsparteien der Einwand erhoben, daß sie durchgepeitscht worden ist und daher stürzlich darstellte. Das stimmt nun zwar nicht, sondern die Reichsverfassung ist für jeden, der politisch klar und ohne Vorurteilenshaft denken gelernt hat, ein Werk aus einem Gusse, das in geradezu vorbildlicher Weise die politische Gleichberechtigung aller Deutschen sichert. Aber immerhin mußte man schon auf die Verletzungen der Rechtsparteien Rücksicht nehmen und gerade in Preußen mit besonderer Rücksicht an das Verfassungswort herangehen. Wenn es erst jetzt zum Abschluß gelangen konnte, so ist das eben auf die Überwindung der von rechts aufgebauten Demokratie zurückzuführen, die sich aus opportunistischen und bis zur Sabotage gehenden Widersetzen besonders hoch aufzurückte. Solchem Widerstand verdankte der Rapp-Kultus sein Entstehen und auf solches Widerstreben ist auch die Bewegung zurückzuführen, die auf die Früherhebung des Neuwahltermins zielt. Wenn es auch bestritten wird, so kann man doch den Verdacht nicht los werden, daß die Rechtsparteien, denen ja „die ganze Richtung nicht paßt“, noch im letzten Augenblick das ganze Verfassungswort durch Erzwingung der Landtagsauflösung und vorzeitiger Neuwahlen sabotieren wollen in der Hoffnung, daß aus den Neuwahlen sich eine Landtagszusammensetzung ergibt, die eine Rückwärtsdrehung der freiheitlichen Ausgestaltung der Staatsgrundgesetze ermöglicht. Es machen sich hier dieselben Kräfte bemerkbar, die sich in den letzten Kriegsjahren der selbst von Wilhelm II. zugelassen und als notwendig erkannten Wahlreform in Preußen mit einer Kurzsichtigkeit und Dickköpfigkeit entgegenstemmten, die die Volksmassen empörte und nicht zuletzt zur Auslösung des Untrages beitrug.

Diesen Verstreungen widersteht sich die Demokratie, nicht um aus der Lage der Dinge Konjunkturgewinne zu ziehen, sondern weil sie mit der Zeit mitgegangen war und in der Volkseele besser zu leben verstand, als es der Vertreter der noch immer in Klassenurteilen befangenen Rechtsparteien vermochten. Man muß sich über die Triebkräfte, die die Rechtsparteien zu dem Drängen nach vorzeitigen Neuwahlen veranlassen, klar sein, wenn man die Hege verstehen will, die nun gegen die Demokraten einleitet wird, nachdem auf ihre Anregung der Wahltermin auf den Monat Februar, spätestens Anfang März festgelegt worden ist.

Wir können heute nur die Hoffnung aussprechen, daß bei der großen Masse des Volkes diese Hege nicht verfangen wird, weil ihre Gründe allzu durchsichtig sind. Man wird es von Seiten der Rechtsparteien mit allen möglichen Mitteln und mit einer durch große Geldmittel injizierten Stimulierungsmache abermals versuchen, die politischen Leidenschaften bis zur Siedehitze aufzupeitschen. Man wird auch wohl den aus dem letzten Wahlkampf fastjam bekannten Apparat der Lüge und Verleumdung gegen die Demokratie wieder aufzusuchen versuchen. Demgegenüber wird man sich mit Geduld wappnen müssen. Laßendes lassen sich doch nicht aus der Welt schaffen. Und zu diesen Laßendes gehört auch, daß Neuwahlen erst möglich sind, wenn die Verfassung und das Wahlgesetz verabschiedet sind. Ferner gehört dazu, daß nach der Verabschiedung der Staatsgrundgesetze für deren Durchführung eine bestimmte Fristenperiode unbedingt erforderlich ist. Wenn diese Fristenperiode auf ein Vierteljahr beschränkt wird, so ist das nicht nur nicht zu viel, sondern vielmehr so knapp, daß man für nur glatte und gründliche Arbeit bei der Wahlen vorbereitenden Rekrutinstellen Befähigungen geben muß. Wägen nun auch die Angriffe gegen die Demokraten von neuem mit aller Schärfe einleiten, wer den ehrlichen Willen zur Objektivität hat, wird zugefesseln müssen, daß ein anderer Beschluß, als ihn der Vorkommnis der Landesversammlung gefestigt hat, gar nicht möglich war. Darum hoffen wir, daß alle Anwürfe gegen die Demokratie an der verstandesgemäßen Auffassung der Lage durch die breiten Volksmassen zerflattern werden.

### Von der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 30. Sept. Den Mitgliedern der Finanzkonferenz ist heute vormittag das französische Finanzexposé zugestellt worden. Das Exposé hält in Rechnung, daß weite Gebiete Frankreichs gelitten hätten und daß sich daraus eine Verminderung der sofortigen Hilfsquellen ergäbe und Ausgaben gemacht werden müßten um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Dieser Wiederanbau sei von grundlegender Bedeutung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa.

Brüssel, 30. Sept. Im Anfang des Exposés ist von den Anleihen die Rede, die für den Wiederaufbau Frankreichs vom französischen Staat aufgenommen wurden und die sich auf 21½ Milliarden Franken belaufen. Einschließlich dieser Anleihen betrug am 31. Juli die gesamte Staats- und Bankanleihe 25,7 Milliarden Franken, davon 12,4 Milliarden feste Anleihen, und 28 Milliarden Vorläufige von der Bank von Frankreich und Algerien und der Welt schwebende Schulden, hauptsächlich in Gestalt von Schatzscheinen der Nationalanleihe. Im ersten Halbjahr 1920 ist die Verschuldung um 10,3 Milliarden gewachsen, und zwar im wesentlichen durch Vermehrung der konsolidierten Schulden. Die auswärtige Schuld Frankreichs, die vor dem Kriege überhaupt nicht existierte, erreichte am 31. Juli 1920 die Höhe von 34 Milliarden Franken, wenn man die fremden Kautelen, in denen sie abgefaßt sind, zur Selbstparität umrechnet. In dem Exposé wird nun einmal daran hingewiesen, daß Frankreich seit einem Jahre durch die Wiederanbau erreicht eine Zeit trägt, unter der es zusammenzubrechen droht. Auf die besondere Bedeutung des Wiederaufbaues, der nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt werden muß, für Frankreich und die gesamte Wirtschaftslage Europas wird die besondere Aufmerksamkeit der Finanzkonferenz gelenkt.

Die Debatte über den internationalen Handel wurde von dem belgischen Wouters begonnen. Wouters betrachtete als sein Ziel hauptsächlich die Darstellung des Zusammenhanges der jetzt bestehenden Verhältnisse im internationalen Handel mit der Finanzlage Europas und außerdem die Befreiung der tatsächlichen Lage des internationalen Handels nach dem Kriege. Insbesondere verwies Wouters auf den außerordentlichen Aufschwung der Industrie und der Exporttätigkeit Amerikas, aber auch Japans und sogar Chinas. Überall könne man bemerken, daß da, wo der Export zunehme, der Import relativ abnehme. Dessen sprach Wouters in diesem Zusammenhang von der großen Krise, die Rußland im W. Herbst hitze. Er ging darauf zu den Bestimmungen im Weltvertrags über die verschiedenen Länder auf dem Handelsgebiet über. Die Produktion habe sich der allgemeinen Erstickung nach dem Kriege nicht entziehen können. Seine Darlegungen spielen auf der Femele, daß der Welthandel nur in den Weltvertrags gefunden kann. Wouters besprach dann die Mittel, durch die der Welthandel wieder gehoben werden könne. Besonders in der Aufhebung der Handelsbeschränkungen sieht er ein Mittel hierzu. Zuerst habe Amerika nach dem Kriege alle Handelsbeschränkungen aufgehoben. England kommt an zweiter Stelle. Noch wichtiger folge Frankreich, Italien, Zentraluropa und besonders Deutschland werden auf der Aufrechterhaltung der Schranken notwendig, in gewissen Fragen auch Belgien, das aber möglichst frühen Handel wiederherstellen wolle. Die Hoffnung, daß der

Warenstrom sich mit Kriegsende wieder erholen werde, hat sich nicht erfüllt. Wouters besprach auch die Wiederherstellung normaler Transportverhältnisse, besonders auf dem Frachtenmarkt, die sich jetzt vollziehe. Zum Schluß gab er einer optimistischen Auffassung über die allgemeine Wiederherstellung des Welthandels und der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern Ausdruck.

Nach Wouters sprach der englische Delegierte Henry Bell. Er betonte, daß der Aberglaube noch hart verbreitet sei, daß man Handelsbeziehungen zwischen den Rändern als Kampf auffassen müsse. Der freie Handel sei notwendig. Die Erklärungen des Obersten Rates sprechen sich ausdrücklich gegen alle künstlichen Schranken zwischen den Nationen aus. Zum Schluß rief Bell die völkerverbindende Wirkung moralisch beschreibender Handelsmitten.

Die Nachmittagsitzung ragte besonders durch die Rede des italienischen Delegierten Partieri hervor. Man möchte sagen, es war die mutigste Rede, die auf der Konferenz bisher gehalten worden ist. Die Brüsseler Konferenz leide unter dem enormen Grad von Vorsicht, die man tödlich nennen könne. In der Welt herrsche eine Woge von Egoismus, die vom Völkerbund bestränkt werden müsse.

Es sei schon ungerade, daß die reichen Länder auf Kosten der armen Länder sich bereichern, aber noch schlimmer sei, daß gerade die ärmste Bevölkerung dadurch schwer betroffen würde. Viele künstliche Gewinne seien die Verwertung aller Wiederherstellung in der Welt. Eine Situation die für die Wohlstand der Nationen hoch bezahlen müsse müsse finanziell immer tiefer sinken. Partieri glaubt sein Wort darüber verlieren zu sollen, daß man es nicht tolerieren nennen könne, wenn ein Volk durch die Verarmung des anderen reich werde. Partieri schloß vor, daß die Konferenz Beschlüsse gegen die Differenzierung der Preise und gegen die Anwendung von Zollbegünstigungen oder Erleichterung von Rohstoffen und Lebensmittelpartien schaffe. Ebenso soll der Völkerbund Beschlüsse gegen jede Art nationaler Monopole oder Monopole einzelner verbieten, soweit sie die unentbehrlichen Rohstoffe und Lebensmittel betreffen. Auf diesem Wege könne die Welt auf die Grundzüge der Brüderlichkeit zurückgeführt werden.

Nach Partieri sprach der spanische Delegierte Diguera. Er schloß sich der Meinung des Engländers an, indem er sehr energisch für die Abschaffung aller Handelsbeschränkungen eintritt. Es folgt dann der japanische Delegierte Kengo Ori. Auch Kengo Ori tritt für die Freiheit des Handels und die Aufhebung der Beschränkungen ein, aber er wies besonders darauf hin, daß Handelsbeziehungen nicht als Damm, sondern als Mittel zur Annäherung zwischen den Nationen aufgeführt werden müssen.

Da seine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erklärt der Präsident die Verhandlungen für geschlossen und teilt mit, daß eine Kommission zusammenberufen sei, um das Thema des heutigen Tages zu behandeln. In dieser Kommission sitzen Bell für England, Frey für die Schweiz, Diguera für Spanien, Kengo Ori für Japan, Dr. Schüller für Österreich, Ulrich für die Deutsche Land, Zimmermann für Holland, Partieri für Italien und Delegal für Polen. Vorher fügte hinzu, daß morgen die Diskussionen über die internationalen Kreditfragen stattfinden. Im übrigen teilt der Präsident mit, daß die ersten drei Tage der nächsten Woche für die Arbeit der Kommission vorgesehen seien. Es sei wahrscheinlich, daß Montag und Dienstag keine Vollkammern stattfinden und die Konferenz nicht über den 9. Oktober hinaus dauere.

### Im November Abstimmung in Oberschlesien?

Paris, 30. September. „Somme libre“ glaubt zu wissen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien für den November vorgezogen ist.

### Die russische Frage.

Die „Agence Haas“ meldet aus Warschau: Die rote Armee weicht auf der ganzen Front nördlich des Nienzen zwischen Grodno und Nowogrod zurück. Der Rückzug vollzieht sich teilweise in wilder Flucht in der Richtung auf Wlinsk und Wlilna. — Das „Zeit Journal“ berichtet aus dem polnischen Hauptquartier: Die ukrainisch-polnischen Streitkräfte haben die russischen Refektorien in der Festung Komno erzwungen.

### Vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Die „Morningpost“ meldet aus Riga: Die polnische Delegation hat den russischen Abänderungsvorschlägen zum Friedensvertrag zugestimmt. Der Waffenstillstand steht vor seiner Unterzeichnung.

Ich habe noch Manuskripte erhalten, die Sie recht ungenügend

haben. Bitte Sie mir auch davon bekannt zu machen, daß Sie nicht

haben. Bitte Sie mir auch davon bekannt zu machen, daß Sie nicht

haben. Bitte Sie mir auch davon bekannt zu machen, daß Sie nicht

haben. Bitte Sie mir auch davon bekannt zu machen, daß Sie nicht





